

Informationen wegen der Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016 – Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Der Freie Waldorfschule Dinslaken e.V. erhebt Daten von Ihnen im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren "Schülerbeförderung 2026". Mit diesen Datenschutzhinweisen möchte der Freie Waldorfschule Dinslaken e.V. Sie nachstehend gemäß Art. 13, 14 DSGVO über die Erhebung Ihrer Daten informieren.

1. Name und Kontaktdaten des für die Erhebung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten Verantwortlichen:

Auftraggeber:	Freie Waldorfschule Dinslaken e.V.
Kontaktdaten:	Eppinkstraße 173 46535 Dinslaken Deutschland Tel.: +49 20646273030 E-Mail: info@waldorfschule-dinslaken.de Website: www.freie-waldorfschule-dinslaken.de

2. Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten:

Datenschutzbeauftragte/r:	M. Strässner
Kontaktdaten:	m.straessner@waldorfschule-dinslaken.de

3. Zweck und Rechtsgrundlage für die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten:**3.a. Zweck:**

Durchführung eines Vergabeverfahrens "Schülerbeförderung 2026"
--

3.b. Rechtsgrundlage:

Art. 6 Abs. 1 lit. c) i.V.m. Art. 6 Abs. 3 DSGVO und §§ 97 Abs. 1 S. 1, 122 GWB

4. Erhebung personenbezogener Daten bei Dritten:

Der öffentliche Auftraggeber ist nach § 19 Abs. 4 Mindestlohngesetz, § 21 Abs. 4 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 21 Abs. 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz sowie § 98c Abs. 3 Aufenthaltsgesetz i.V.m. § 21 Abs. 4 Arbeitnehmer-Entsendegesetz verpflichtet, vor der Erteilung des Zuschlags eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister nach § 6 Abs. 1 Wettbewerbsregistergesetz einzuholen und kann zudem vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a der Gewerbeordnung anfordern.

5. Kriterien für die Festlegung der Dauer der Speicherung personenbezogener Daten:

Maßstab für die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind die vergaberechtlichen Aufbewahrungsfristen (§§ 8 Abs. 4 VgV, 6 Abs. 4 KonzVgV).

6. Rechte der betroffenen Personen:

Recht auf Auskunft:

Es besteht ein Recht auf Auskunft der von der Vergabestelle verarbeiteten personenbezogenen Daten (Art. 15 DSGVO).

Recht auf Berichtigung:

Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die den Bewerber/Bieter betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sind. Unvollständige Daten können vervollständigt werden (Art. 16 DSGVO).

Recht auf Löschung:

Es besteht grundsätzlich ein Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten. Der Anspruch hängt jedoch u. a. davon ab, ob die Daten zur Erfüllung der Aufgaben noch benötigt werden (s.a. Dauer der Speicherung) (Art. 17 DSGVO).

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung:

Es besteht ein Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten des Bewerbers/Bieters zu verlangen (Art. 18 DSGVO).

Recht auf Widerspruch:

Es besteht das Recht, aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation des Bewerbers/Bieters ergeben, der Verarbeitung der diesen betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht (Art. 21 DSGVO).

7. Beschwerderecht bei der Datenschutzaufsichtsbehörde:

Sofern die Auskunft gebende Behörde ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist, sind etwaige Beschwerden zu richten an:

Datenschutzaufsichtsbehörde:	Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
Kontaktdaten:	Postfach 20044 40102 Düsseldorf Telefon: 0211/384240 Telefax: 0211/3842410 E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de